

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den



Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährl. 3.60 M., monatl. 1.20 M., durch die Post vierteljährl. 3.60 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstellen, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.

Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile ober deren Raum 30 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 35 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingefandt die Zeile 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Sichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 212

Bad Schandau, Donnerstag, den 23. Oktober 1919

63. Jahrgang

Rohlenversorgung betr.

Es können beliefert werden:

Die Abschnitte 1 der **Kohlengrund-, Zusatz- und Untermieterkarte** mit je einem halben Zentner **Briketts**, Preis 5.70 M. der Zentner.

Ausgabe morgen Freitag, den 24. d. M., vormittags von 8—12 Uhr für die Häuser 1—150, von 2—4 Uhr für die Häuser 151—264 bei **Mertigs**.

Schandau, am 23. Oktober 1919.

Der Stadtrat.

Holzversteigerung. Postelwitzer und Reinhardtsdorfer Staatsforstrevier.

Im Gasthof „Lindenhof“ in Schandau, Dienstag, den 4. November 1919, I. Postelwitzer Revier, vorm. 11 Uhr: 532 w. Stämme, 468 w. u. 18 h. Klöße, Abt. 3, 6, 9, 34 u. 54,

II. Reinhardtsdorfer Revier, vorm. 12 Uhr: 467 w. Stämme, 297 w. Klöße, 210 fichtene Derbstangen, 7360 fichtene Reisstangen, Abt 46, 55 u. 67, Einzelhölzer in fast allen Abteilungen.

Forstrevierverwaltung Postelwitz und Reinhardtsdorf. Forstrentamt Schandau.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr. enthält eine reiche Auswahl von Werken unterhaltenden und belehrenden Inhalts der bekanntesten und bestbelebten Autoren.

Nachstehende Verordnung des Reichswehrministers, die auch für Sachsen Geltung hat, wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht. 1206 III Kr. 1. B 11544

Wirtschaftsministerium.

Bekanntmachung.

Nr. F. R. 60/10. 19. KRA.

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befugnisse wird nach Maßgabe des Erlasses, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 26. April 1919 (RWB. S. 438), folgendes bestimmt:

Artikel I.

Die Bekanntmachung Nr. Ch. 1802/3. 17 KRA., betreffend Bestandserhebung von Holzverkohlungserzeugnissen und anderen Chemikalien vom 1. Juni 1917, tritt außer Kraft. Die Meldungen, um die in der den Betroffenen namentlich zugegangenen Verfügung des Preussischen Kriegsministeriums Kriegsrohstoffabteilung Nr. Ch. 730/12. 17 KRA. vom 28. Dezember 1917 (betreffend Holzverkohlungsprodukte) ersucht worden war, sind nicht mehr zu erstatten.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 8. Oktober 1919 in Kraft.

Berlin, den 8. Oktober 1919.

Der Reichswehrminister.

J. A.: Wolffhügel.

Fortsetzung des amtlichen Teils auf der 4. Seite.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hat nunmehr die offizielle Mitteilung erhalten, daß die Vertreter der deutschen Arbeiter an der Arbeiterkonferenz in Washington mit gleichen Rechten teilnehmen können.

* Eine vom Deutschen Eisenbahnerverband in Frankfurt a. M. veranstaltete Versammlung von Eisenbahnern nahm in einer Entschließung die bekannten Beschlüsse über den Rücktritt des Präsidenten Stapff und anderer hoher Beamten zurück.

* General Dupont, Chef der französischen Militärkommission in Berlin, wird Vorsitzender der Kommission zur Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze.

* Der Oberste alliierte Rat in Paris bereitet die Einberufung des Rates des Völkerbundes sofort nach Ratifizierung des Friedensvertrages nach Paris vor.

* Im Baltikum kam es zwischen den deutschen Truppen des Generals v. Eberhardt und den Litauern zu einem Gefecht. Einzelheiten fehlen.

* In ganz Litauen ist wegen der Gefahr eines Krieges mit Polen der Belagerungszustand verhängt worden.

* Die italienischen Truppen haben Cattaro, das die Flottenbasis der Südslawen werden soll, geräumt.

Übergriffe.

Von einem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Ein reiches Sorgenkind des Staates verprechen die Angestelltenausschüsse zu werden. Die Arbeiterräte haben sich eher schon wenigstens einigermaßen den gegebenen Verhältnissen angepaßt, wenn es auch mit ihnen noch oft genug Schwierigkeiten über Schwierigkeiten gibt. Aber ihr jüngeres revolutionäres Geschwister, die Angestelltenausschüsse, gebärden sich aller Einwirkungen ungeachtet fast überall so wild und so maßlos, daß es manchmal schier unmöglich ist, das notwendige Einvernehmen mit ihnen aufrechtzuerhalten.

Was soll man z. B. dazu sagen, wenn, wie dieser Tage vom „Wirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten“ mitgeteilt wurde, die Zivilangestellten bei den Behörden ihre Untuldbarkeit gegen Militärämter so weit treiben, daß nicht einmal den Kriegsbeschädigten eine Anstellung gegönnt werde. Im Rheinlande hätten sogar die Ausschüsse der Zivilangestellten bei den feindlichen Befehlshabern die Ausweisung der von den Behörden angestellten Militärämter durchgesetzt. Die Zivilangestellten drücken sogar auch die Entfernung höherer Beamter durch — eine Behauptung, die von dem auf der Tagung anwesenden Vertreter des Reichsarbeitsministers ausdrücklich ausgegeben wurde. Das Ministerium sehe natürlich auf dem Standpunkt, daß solche Versuche schroff abgewiesen werden müßten, denn es wäre der Ruin der gesamten Staatsverwaltung, wenn die Angestellten- oder Beamtenausschüsse einen solchen Einfluß auf die Verwaltung gewönnten. Manche Ausschüsse hätten sich Rechte angemahnt, die über den gesetzlichen Rahmen weit hinausgingen. Deshalb sei man jetzt an der Arbeit, diese Rechte gesetzlich festzulegen. Für das Reichsarbeitsamt käme bei der Stellenbesetzung nicht die Gefinnung, sondern allein die sachliche und fachliche Eignung des Bewerbers in Frage. Es paßt zu diesen Mitteilungen, wenn der Reichs-

schmittener am Dienstag in der Nationalversammlung feststellen mußte, daß die Heeres- und Marinebetriebe zum Teil nur unter Inanspruchnahme militärischer Hilfe geschlossen werden konnten. Und das besondere Schmerzenskind dieser Verwaltung, die Reichswerke in Spandau, haben immer noch unter den mißlichen Angestellten- und Arbeiterhältnissen schwer zu leiden. Daß der Generaldirektor dieser Werke das allerdings ganz ungewöhnlich hohe Gehalt von 240 000 Mark bezieht, scheint manchem seiner Untergebenen die Augen auszustechen; aber einmal handelt es sich hier offenbar um eine außerordentliche Kraft, die nur um diesen Preis für den Reichsdienst gewonnen werden konnte, und dann liegen die Dinge heute doch wirklich so, daß jeder auf eine angemessene Bezahlung seiner Dienste rechnen kann, wenn er nur wirklich produktive Arbeit zu leisten weiß. Die Angestelltenausschüsse verhindern aber vielfach durch ihre Maßnahmen, ja schon durch die ganze Art ihres Auftretens jede fruchtbare Arbeit, so daß mancher Geschäftsinhaber nicht mehr weiß, woher er die Mittel zur Befriedigung der durch sie erhobenen Ansprüche nehmen soll. Nicht einmal so viel Solidaritätsgefühl wohnt ihnen inne, daß sie sich hinter die Verpflichtungen der zuständigen Verbandsleiter stellen, auf die hin es zu Tarifabmachungen oder zu Schiedssprüchen gekommen ist. Erwüßten diese nicht alle Forderungen, die man im eigenen Entwurf aufgestellt hat, so werden sie in Betriebsabstimmungen abgelehnt, wie es in diesen Tagen erst wieder in einigen nahezu als lebenswichtig zu bezeichnenden Unternehmungen der Reichshauptstadt vorgekommen ist, obwohl die berufenen Vertreter sich namens ihrer Organisationen vorher diesen Schiedssprüchen ausdrücklich unterworfen hatten. Diese Beispiele ließen sich zu Bergen häufen. Leicht ist die Wirtschaftsführung in Deutschland seit dem ungeheuren Emporschleben der Angestelltenbewegung ganz gewiß nicht geworden.

Das Betriebsrätegesetz, mit dem die Nationalversammlung augenblicklich beschäftigt ist, sollte darauf Bedacht nehmen, diese Übergriffe unmöglich zu machen und nur das im Gesetz zu „verankern“, was an dieser neuen Einrichtung wirklich gesund und lebensfähig ist. Aber die maßgebenden Parteien schließen die Augen vor den Erscheinungen des Lebens und verharren bei den wohlmeinenden Vorstellungen, die sie sich nun einmal von den Gebildeten der Revolution gemacht haben. Mit dieser Methode werden wir dem allseitig als notwendig erkannten Aufbau unserer Wirtschaft lediglich Hindernisse in den Weg wälzen, in deren Bekämpfung sich die arbeitslustigsten Kräfte des Volkes aufreiben müssen. So kommen wir nicht zum Ziel, ganz gewiß nicht!

Bunte Tages-Chronik.

London. Infolge des Einsturzes einer Fördermaschine wurden in dem Devant-Bergwerk in der Nähe von Beaune vierzig Bergarbeiter getötet und zahlreiche andere verletzt.

Augsburg. Im Hofraume der Spinnerei Amühle ereignete sich beim Abbrennen von Zündern eine Explosion, durch die zehn Personen schwer verletzt wurden. Zwei von diesen, darunter ein Sater von acht Kindern, sind gestorben.

Wien. In den nächsten Tagen wird der Ministerrat die Verfassung für das Bosener Gebiet festlegen. Das Bosener Gebiet soll in der Warschauer Regierung von zwei Ministern, in Wien selbst von vier Sektionschefs geleitet werden.

Vom Untersuchungsausschuß.

(Zweiter Tag.)

Im Eßsaal des Reichstags.

Drei Treppen hoch ein Eßsaal, der wenig mehr als hundert Personen notdürftig Unterkunft bietet. Zwei riesige Bogenfenster an den beiden Straßenseiten erhellen den Raum, an dessen einer Wand ein melancholisch stimmendes Bild hängt: Mollke vor einer Budgetkommission eines alten Reichstags eine Militärvorlage begründend. Die ausgleichende Gerechtigkeit der Abgeordneten hat als Gegengewicht eine halblebensegroße Bronzestatue Eugen Richters in eine Ecke plaziert; sie ist mehr gut gemeint als schön.

Dieser Raum mit seiner quadratischen Grundfläche ist überfüllt. Kopf an Kopf Abgeordnete, Würdenträger des alten und neuen Systems, Presseleute, ein wenig — sehr wenig Publikum. Der lange Tisch vor dem einen Fenster, an dem die untersuchungsführenden Abgeordneten sitzen, die Tische der geladenen Sachverständigen und der eingeladenen hohen Beamten von früher, der der Stenographen, des Zeugen Graf Bernstorff, die der Presse stoben fast aneinander; Stuhl rührt an Stuhl. Kein sehr bequemer, auch kein sehr würdiger Zustand. Hätte man noch vierzehn Tage, eine Woche gewartet, dann hätte man den Eßsaal des Herrenhauses zur Verfügung gehabt. Aber ein Teil der Abgeordneten konnte es durchaus nicht erwarten, daß der Blick der Öffentlichkeit, Deutschlands, der Welt auf ihnen ruhen sollte. Sie haben im Schoße des Ausschusses abgesetzt . . .

Am langen Quertische in der Mitte, blond, eher unterseht als groß, blühender Gesichtsfarbe der Verhandlungsleiter, der deutsch-nationale Abg. Warmuth, in seinem bürgerlichen Beruf Landesgerichtsdirektor und von ihm eine überlegene Ruhe in die Verhandlungsführung mitbringend, ohne die es schwer anginge. Dem einem Teil der untersuchenden Abgeordneten haßte nur zu sehr die Gewohnheiten des Rechtsanwaltes mit großer Strafprozesspraxis an. Dr. Cohn von den Unabhängigen, Dr. Einzheimer von den Mehrheitssozialisten, sie fassen zu, schleudern dem Zeugen Grafen Bernstorff Fragen hin, die dieser beim besten Willen nicht aus eigener Kenntnis beantworten kann, Fragen über Berliner Interna, über die Stellung der Obersten Heeresleitung zu unseren Friedensschritten. Es ist schwer zu entscheiden, ob jene der Eifer des Gefechts, ob sie vorgefaßte Meinung hinreißt.

Der Zeuge Graf Bernstorff, sehr bürgerlich und gar nicht so aussehend, wie Grafen in Luftspielen und Romanen dargestellt zu sein pflegen, hat demgegenüber einen schweren Stand; daß er ein wenig schwerhörig ist, erleichtert ihm den auch nicht. Von einer andern Seite her machen ihm die Fragen der sachverständigen Historiker zu schaffen, die des Professors Bonn, des alten Geheimrats Dietrich Schäfer. Sie schürfen tiefer; gelegentlich hat man den Eindruck: tiefer, als der Diplomat je mit seinen Gedankengängen gedrungen ist.

Zur Seite an dem Tisch der Eingeladenen der frühere Reichsanzler v. Bethmann Hollweg. Er ist sehr stark gealtert, seit man ihn zuletzt öffentlich sah; die Stirn von unzähligen Runzeln zerfurcht. Neben ihm rechts das frische, schmissedurchzogene Körpergesicht des früheren Staatssekretärs des Auswärtigen Zimmermann, links das schwarzschattige Gesicht Dr. Helfferichs. Die drei